

Bootsanleger für Kanutouristen

RATSSITZUNG - Gemeinde Colnrade schafft Ein- und Ausstiegsstelle am Hunteufer

WERT WURDE AUF MÖGLICHST NATURVERTRÄGLICHE LÖSUNGEN GELEGT. ES ENTSTEHEN KOSTEN VON INSGESAMT 8800 EURO.

VON MAREN BETTMANN

COLNRADE - Die Kanutouristen auf der Hunte werden sich freuen: Für sie schafft die Gemeinde Colnrade eine Ein- und eine Ausstiegsstelle. Das beschloss der Rat der Gemeinde Colnrade auf seiner Sitzung am Dienstagabend in der Gaststätte Schliehe-Diecks. Der Gemeinde wird diese Einrichtung noch nicht einmal einen Cent kosten.

Landschaftsplaner Matthias Kolhoff aus Goldenstedt hatte den Ratsmitgliedern vorgestellt, was im Rahmen des Landes-Projektes „Flusslandschaft Hunte“ im Bereich des Staus in Colnrade möglich ist. Wert gelegt wurde dabei auf möglichst naturverträgliche Lösungen.

Vorm Stau, so Kolhoff, sei auf einer Länge von fünf Metern eine Ausstiegsstelle vorgesehen mit einer Treppe aus Natursteinblöcken. Die Böschung werde abgeflacht und mit einem Schotterbett aus Wasserbausteinen befestigt. Hinterm Stau würde dann auf 15 Metern Länge eine relativ flache Einstiegszone geschaffen mit weit auseinander gezogenen Natursteinblöcken als Ruhezonen. Die ursprüngliche Variante eines Sandstrandes sei aufgrund der aufwendigen Unterhaltung verworfen worden, so Kolhoff.

Als grobe Kostenschätzung nannte der Landschaftsplaner Gesamtkosten von 8800 Euro. An Zuschüssen sei mit 5500 Euro zu rechnen. Zum einen hatte der Zweckverband Naturpark Wildeshauser Geest aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereits 70 000 Euro für sieben Anlegestellen in seinem Geltungsbereich bewilligt bekommen. Den Differenzbetrag von 3300 Euro würde die Samtgemeinde abdecken. Wie bereits berichtet, hatte diese für die Jahre 2008 bis 2010 12 000 Euro pro Jahr für konkrete, dem Kanutourismus dienende Maßnahmen an der Hunte zur Verfügung gestellt. Somit wäre die ohnehin finanzschwache Gemeinde Colnrade von sämtlichen Investitionskosten verschont, jedoch verbleiben bei ihr in der Zukunft anfallende Unterhaltungskosten.

„Riecht wie frisches Brot“

Rat erklärt Einvernehmen mit Bau der ersten Biogasanlage in Gemeinde

14.01.2010

Harpstedt - COLNRADE (cs) · Die erste Biogasanlage in der Gemeinde Colnrade wird wohl kommen: Nach kurzer Diskussion erklärte der Rat der Gemeinde während seiner Sitzung am Dienstagabend im Gasthaus Schliehe-Dieks bei einer Enthaltung das Einvernehmen zu dem beantragten Neubau. Der Antrag kam Mitte Dezember bei der Samtgemeinde an.

Viel hätte der Rat ohnehin nicht ausrichten können, berichtete Jens Hüfner, Leiter des Bauamtes der Samtgemeinde Harpstedt. Da eine sogenannte privilegierte Anlage geplant ist, die weniger als 500 Kilowatt Leistung bringt, sei diese „grundsätzlich zulässig“, so Hüfner. Bei privilegierten Anlagen muss außerdem ein räumlich-funktionaler und betriebswirtschaftlicher Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsbetrieb bestehen – diese Voraussetzungen sind bei der geplanten Anlage in Beckstedt-Strohe gegeben.

Bürgermeisterin Anne Wilkens-Lindemann war wichtig, dass „bei der ersten Biogasanlage Einvernehmen herrscht“. Deshalb informierten sich die Ratsleute am Sonnabend auch vor Ort über den Neubau. Die Erschließung des Gebiets sei ausreichend gesichert, berichtete die Bürgermeisterin. Sie regte an, dass die An- und Abfahrt zur Anlage „eventuell außen herum erfolgen könnte“, weil die Gemeindewege das Verkehrsaufkommen nicht auffangen könnten.

Mehr Bedenken meldete Gitta Nienaber an – gerade in ihrer Funktion als Vertreterin der Anwohner, lebt sie doch in der Nachbarschaft. „Die Verkehrsbelastung macht unsere Straße nicht mit“, befürchtet die Ratsfrau. Hinzu komme der Lärm und die Geruchsbelästigung: „Es wird mehr stinken als vorher“, befürchtete Nienaber. Der Wind wehe schließlich hauptsächlich von Westen, also „vom Hof genau in unsere Richtung“.

„Die Grundstücke verlieren an Wert. Windräder von der einen Seite, Biogasanlage von der anderen und bald vielleicht noch eine Stromleitung – wer weiß, was kommt“, monierte die Ratsfrau auch im Hinblick auf die 380-kV-Trasse. Das gegen den Bau nichts mehr zu machen sei, wisse sie. Es sollten aber „Lösungsvorschläge gefunden werden, um Ärger aus dem Weg zu gehen“, befand Nienaber.

Die Betreiber der geplanten Anlage, die während der Ratssitzung anwesend waren, versuchten, Nienabers Bedenken aus dem Weg zu räumen. „Es wird nicht mehr Verkehr kommen“, versprachen sie. Außerdem sei die Biogasanlage geruchsneutral. „Was riechen kann, ist der Maissilagehaufen – der aber eher wie frisch gebackenes Brot.“

Auch der Putenmist, der ausgebracht werde, sei nach etwa einer Woche geruchsneutral, versprachen die Landwirte. „Und der Geruch kommt nicht bei euch an“, sagten sie in Richtung Nien-aber.

Die Ratsfrau deutete außerdem Befürchtungen an, dass die Anlage weiter wachsen könnte. „Dann müsste die Gemeinde aber einen Bebauungsplan auf den Weg bringen“ und habe damit Mitspracherecht, räumte Jens Hüfner diese aus.